

Landeskirchliche Abstimmung
vom 10. Juni 2018

Abstimmungserläuterungen

Seite 2

Votaziun dal pievel dals 10 da zercladur 2018
da la Baselgia chantunala

Messadi tar la votaziun

Pagina 8

Votazione della Chiesa cantonale
del 10 giugno 2018

Spiegazioni sulla votazione

Pagina 14



CHIESA
EVANGELICA
RIFORMATA
GRIGIONESE

BASELZIA
EVANGELICA
REFURMADA
DAL GRISCHUN

EVANGELISCH-
REFORMIERTE
LANDESKIRCHE
GRAUBÜNDEN

Das Wichtigste in Kürze

Die geltende Verfassung der Evangelisch-reformierten Landeskirche Graubünden stammt aus dem Jahr 1978. Seither haben sich das gesellschaftliche und rechtliche Umfeld sowie die kirchlichen Bedürfnisse erheblich verändert. Aus diesem Grund hat der Evangelische Grosse Rat im Jahr 2007 beschlossen, die Kirchenverfassung total zu revidieren.

Die neue Verfassung der Landeskirche verbindet Bewährtes mit notwendigen Reformen und trägt den Gegebenheiten unserer Kirche Rechnung. Sie ist ausgewogen und erlaubt Landeskirche und Kirchgemeinden, heutige und künftige Herausforderungen aufzunehmen und zu meistern.

Die wichtigsten Inhalte lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Die Kirchgemeinde bleibt das Zentrum des kirchlichen Lebens. Um ein breites Angebot für alle Mitglieder zu ermöglichen, wird die regionale Zusammenarbeit gestärkt.
- Die Mitgliedschaft knüpft wie bisher am Wohnsitz in einer Bündner Gemeinde an. Das landeskirchliche Recht kann aber künftig Ausnahmen vorsehen (z. B. Einbezug von Feriengästen oder Ausnahmen von der Wohnsitzpflicht).
- Gestärkt werden die demokratischen Mitwirkungsrechte auf kantonaler Ebene. Die Ausgestaltung orientiert sich an den im Kanton Graubünden üblichen Volksrechten.
- Klare Zuständigkeiten sollen helfen, Konflikte innerhalb von Kirchgemeinden möglichst rasch und dezentral lösen zu können.
- Mit einer verständlichen Sprache will die Verfassung die kirchliche Identität und die Integration stärken und erhöhen.

*Liebe reformierte Mitbürgerinnen
und Mitbürger Graubündens*

*Der Evangelische Grosse Rat und der
Kirchenrat unterbreiten Ihnen die Total-
revision der landeskirchlichen Verfassung
zur Abstimmung und beantragen Ihnen,
der Vorlage zuzustimmen.*

(Abstimmungsvorlage: Separatdruck)

1. Wozu braucht es eine neue landeskirchliche Verfassung?

Bei der Totalrevision geht es darum, die Handlungsfähigkeit der Landeskirche und der Kirchgemeinden für die Zukunft sicherzustellen und die Grundlagen zu schaffen, um sowohl die heutigen als auch insbesondere die kommenden Herausforderungen zu meistern. Die neue Verfassung muss zukunftsweisend sein. Gleichzeitig soll sie die geschichtlich gewachsenen Strukturen und Erfahrungen berücksichtigen. Die Totalrevision der Verfassung bewegt sich an der Schnittstelle von Vergangenheit und Zukunft. Auf den historisch gewachsenen Wurzeln aufbauend und Bewährtes übernehmend muss die neue Verfassung gleichzeitig offen sein für Neues.

Das gesellschaftliche Umfeld hat sich in den rund 40 Jahren seit der letzten Verfassungsrevision der Landeskirche erheblich verändert. Verschiedene Strukturen haben sich aufgelöst oder (zumindest) erheblich an Bedeutung verloren. Die Gesellschaft ist mobiler und individueller geworden. Diesen Megatrends kann sich auch die Kirche nicht entziehen. So zeigen Untersuchungen und Umfragen deutlich, dass die Bindung zur Kirche vielfach lockerer geworden ist. Gleichzeitig nimmt das Bedürfnis nach Orientierung und Spiritualität zu. Die Totalrevision der landeskirchlichen Verfassung will bewusst auch die kirchenferneren Mitglieder ansprechen.

Der sich aus den gesellschaftlichen Veränderungen ergebende Handlungsbedarf geht nun aber weit darüber hinaus, was eine Totalrevision der Kirchenverfassung leisten kann. Denn die Verfassung selber vermag kein lebendiges kirchliches Leben zu gewährleisten oder zu verordnen. Als rechtliches Grundgesetz drückt die Verfassung vielmehr in grundsätzlichen Bestimmungen aus, wie die evangelisch-reformierte Kirche in Graubünden ihre Aufgaben erfüllen will und wie die Organisation und die Strukturen ausgestaltet werden sollen. Ihre Aufgabe ist es, einen guten und flexiblen Gestaltungsrahmen festzulegen, damit die Kirchgemeinden und die Landeskirche die richtigen Veränderungen und Anpassungen entwickeln und realisieren können. Die inhaltliche Arbeit bleibt für die Kirchgemeinde und die Landeskirche noch zu tun, nämlich das bisherige kirchliche Leben in der Gemeinde zu prüfen und allenfalls weiterzuentwickeln.

2. Volkskirche sein und bleiben

Die Evangelisch-reformierte Landeskirche mit ihren rund 70 000 Mitgliedern ist auch heute ein wichtiger gesellschaftlicher Faktor in Graubünden. Entsprechend anerkennt die Verfassung des Kantons Graubünden die Landeskirche und deren Kirchgemeinden als öffentlich-rechtliche Institutionen; dies ehrt und verpflichtet zugleich. Die Evangelisch-reformierte Landeskirche will sich dieser Verpflichtung stellen und weiterhin eine Volkskirche bleiben. Das heisst, dass die Türen für alle offen sind und eine Mitgliedschaft ohne grosse Auflagen möglich ist. Dies bringt Art. 5 über die Mitgliedschaft zum Ausdruck. Eine solche ergibt sich im Wesentlichen aus dem Willen, der evangelisch-reformierten Kirche angehören zu wollen. Als lebendige Volkskirche begegnen wir den aktuellen gesellschaftlichen Begebenheiten und Strömungen offen und wach. Getreu dem Motto «semper reformanda» (d. h. sich immer wieder reformieren) wollen wir uns erneuern und trotzdem den christlichen Grundlagen treu bleiben.

3. Kirchgemeinde als Zentrum des kirchlichen Lebens

Die Rolle der Kirchgemeinde wird mit der vorliegenden Verfassung nicht grundlegend verändert. Das kirchliche Leben wird weiterhin von den Menschen in den Kirchgemeinden gestaltet und gelebt. Entsprechend setzt die Zugehörigkeit zur Landeskirche die Mitgliedschaft in einer Kirchgemeinde voraus. Weil eine solche Mitgliedschaft an den Wohnsitz gebunden ist, sind die Kirchgemeinden als sogenannte «Gebietskörperschaften» ausgestaltet. Diese Regelung geht auf die Ursprünge der Reformation in Graubünden zurück und entspricht der direktdemokratischen Organisation in der Schweiz. Der Wechsel zu einem Modell, in welchem die Mitglieder frei wählen können, welcher Kirchgemeinde sie angehören wollen, wurde geprüft. Die Idee wurde jedoch verworfen, da die praktische Umsetzung zu erheblichen rechtlichen Problemen für die Kirchgemeinden geführt hätte. Künftig kann das landeskirchliche Recht aber Ausnahmen von der engen Bindung an den Wohnsitz vorsehen. Gerade in einem Tourismuskanton wie Graubünden ist es wichtig, auch Zweitwohnungsbesitzer und andere Stammgäste ins kirchliche Leben zu integrieren. Künftig soll es möglich sein, auch ohne Wohnsitz in einer Kirchgemeinde Aufgaben und Funktionen zu übernehmen.

Heute wird das kirchliche Leben häufig auf Gottesdienste, kirchliche Feiern wie Heirat und Abdankung oder auf den Religions- und Konfirmationsunterricht reduziert. Die neue Verfassung bringt zum Ausdruck, dass die Aufgaben der Kirchgemeinden wesentlich breiter und umfassender sind. Einige Stichworte dazu: Kleinkinderfeiern, Jugendarbeit, Seniorennachmittag, Hausbesuche, Hilfe und Betreuung, Bibelgruppen, Flüchtlingsarbeit, Entwicklungszusammenarbeit etc.

4. Regionale Zusammenarbeit stärken

Kleinere Kirchgemeinden verfügen meistens nicht über die nötigen Mittel und Mitglieder für ein solch vielfältiges Angebot. Aus diesem Grund verpflichtet die neue Verfassung die Kirchgemeinden zur regionalen Zusammenarbeit, um gemeinsam ein breites kirchliches Angebot zu schaffen. Welche Aufgaben regional gelöst werden sollen, ist von den Kirchgemeinden festzulegen. Die regionalen Aufgaben werden folglich nicht in allen Kirchenregionen die gleichen sein. Mögliche regionale Aufgaben können beispielsweise die Jugendarbeit, der kirchliche Sozialdienst oder die Erwachsenenbildung sein.

Im Gegensatz zu heute gibt die Landeskirche die territorialen Grenzen der mittleren Ebene nicht mehr vor. Es liegt an den bisherigen Kolloquialvorständen und den Kirchgemeinden, innert zwei Jahren Vorschläge zu erarbeiten, welche Gebiete die künftigen Kirchenregionen umfassen sollen. In diesem Bereich sind die Kirchgemeinden autonom, auch wenn die geographische Einteilung des Kantons wohl gewisse Grenzen vorgibt.

5. Stärkung der demokratischen Mitwirkung

Ein wichtiges Anliegen der Verfassungsrevision ist es, die demokratischen Mitwirkungsrechte zu stärken. Bislang war eine Volksabstimmung nur für Bestimmungen erforderlich, welche alle Mitglieder direkt betreffen; konkret war dies lediglich für die Bestimmungen über die Kirchensteuer der Fall. Nun sollen alle wichtigen Bestimmungen vom Evangelischen Grossen Rat in einem formellen Gesetz geregelt werden, welches dem fakultativen Referendum unterliegt.

Auch hinsichtlich allfälliger Volksinitiativen orientiert sich die neue Verfassung an den bewährten Regeln des staatlichen Rechts, regelt diese Bereiche jedoch autonom.

6. Rolle von Pfarramt und Synode

Die Verfassung stärkt die Rolle der Pfarrpersonen, indem jede Kirchgemeinde mindestens eine Pfarrperson anzustellen hat. Je nach Grösse der Kirchgemeinde wird dies allerdings nur im Rahmen eines Teilpensums möglich sein. Gleichzeitig trägt die Verfassung dem Umstand Rechnung, dass verschiedene pfarramtliche Aufgaben nicht nur von der Pfarrperson ausgeübt werden, sondern teilweise auch von weiteren kirchlichen Mitarbeitenden. Zu denken ist dabei an Sozialdiakoninnen und -diakone sowie an Fachlehrpersonen Religion.

Eine weitere Besonderheit im schweizerischen Vergleich stellt die Synode dar, die Versammlung aller Pfarrpersonen im Kanton Graubünden. Diese bleibt weiterhin ein Organ der Landeskirche. Sie nimmt die theologischen Aufgaben der Landeskirche wahr und unterstützt diese bei der Erfüllung ihrer weiteren Pflichten mit theologischer Kompetenz und Verantwortung.

7. Klärung der aufsichtsrechtlichen Zuständigkeiten

Ein wichtiger Auslöser für die Totalrevision der Kirchenverfassung bildete die Neuordnung der Aufsicht bzw. der Lösung von Konflikten innerhalb der Kirchgemeinde. Die Regelung in der vorliegenden Verfassung kann wie folgt zusammengefasst werden: Bei Konflikten innerhalb einer Kirchgemeinde – beispielsweise zwischen Vorstand und kirchlichen Mitarbeitenden – bildet die Kirchenregion künftig die erste Anlaufstelle, um den Konflikt möglichst niederschwellig zu lösen. Sollte der Konflikt nicht bereinigt werden können, so kommt dem Dekanat eine wichtige Prüfungs- und Triagefunktion zu. Bei allfälligen Verletzungen von Berufspflichten von Pfarrpersonen liegt die Entscheidungskompetenz beim Dekanat oder der Synode, bei arbeits- bzw. disziplinarrechtlichen Fragen und weiteren Fällen beim Kirchenrat.

8. Bekenntnis zur Dreisprachigkeit der Landeskirche

Die Dreisprachigkeit ist nicht nur für den Kanton Graubünden, sondern auch für die Evangelisch-reformierte Landeskirche Graubünden ein wichtiges kulturelles Erbe und ein bedeutender Bestandteil des Selbstverständnisses. Sie macht die Landeskirche innerhalb der Reformierten Kirche in der Schweiz einzigartig, stellt aber auch eine grosse Herausforderung dar. Die vorliegende Verfassung enthält in Art. 28 Abs. 2 ein klares Bekenntnis zur bereits jetzt gelebten Dreisprachigkeit der Landeskirche.

9. Weitere Punkte in Kürze

Neben den erwähnten Hauptpunkten enthält die neue Verfassung weitere wichtige Aspekte:

- *Grundlegung der Kirche:* Die Rechtsstellung und der grundsätzliche Charakter unserer Kirche sollen beibehalten werden. Aufgrund der fortschreitenden Säkularisierung und Individualisierung unserer Gesellschaft ist es wichtig, dass die Verfassung in aktueller Weise das kirchliche Selbstverständnis und die Zugehörigkeit zu einem kirchlichen Ganzen prägnant zum Ausdruck bringt. Die wichtigsten Elemente sind Gegenstand der Präambel und des 1. Abschnitts.
- *Grösse der Kirchgemeinden und Kirchgemeindefusionen:* Seit der Veröffentlichung des Vorentwurfes im Jahr 2011 hat sich die Anzahl Kirchgemeinden von rund 130 auf 79 verringert. Weitere Zusammenschlüsse sollen wie bisher von den Kirchgemeinden ausgehen. Deshalb verzichtet die neue Verfassung bewusst darauf, eine minimale oder maximale Grösse für Kirchgemeinden vorzuschreiben.
- *Gemeinsame Gemeindeleitung:* Die gemeinsame Gemeindeleitung beschreibt das Zusammenspiel von Kirchgemeindevorstand und Pfarramt. Die neue Verfassung verankert die bereits jetzt geltende Zusammenarbeit deutlicher und verstärkt somit den Ansatz. Dabei geht es um eine geklärte Zusammenarbeit, bei der beide Seiten ihre Kompetenzen einbringen können und Verantwortung übernehmen. So werden strategische Entscheide einvernehmlich gefällt, einzelne Entscheidungen werden gemeinsam vorbereitet und die Führungspersonen treffen sich regelmässig in definierten Gefässen. Mit dem Grundsatz der gemeinsamen Gemeindeleitung werden Vorstände und Pfarrpersonen angehalten, am selben Strick zu ziehen und die Verantwortung in ihrem Einflussbereiche wahrzunehmen. Die Mitwirkungs- und Entscheidungswege müssen festgelegt werden, damit diese gemeinsame Verantwortung zum Wohl der Kirchgemeinde ausgeübt werden kann.
- *Sozialdiakoninnen und -diakone:* Die Verfassung erwähnt die diakonischen Aufgaben der Kirchgemeinden ausdrücklich. Neu werden auch die Stellung der Sozialdiakoninnen und -diakone sowie das Diakonatskapitel, die Versammlung der Sozialdiakoninnen und -diakone, in der Verfassung verankert. Ob die Anstellung durch den Kirchgemeindevorstand oder allenfalls den Regionalvorstand erfolgt oder durch die Kirchgemeindeversammlung, ist in der jeweiligen Kirchgemeindeordnung zu regeln.
- *Wahl des Evangelischen Grossen Rates:* Der Einbezug von Mitgliedern des Grossen Rates (= Kantonsparlament) in das kantonale Kirchenparlament ist im schweizerischen Vergleich einzigartig. Diese besondere Zusammensetzung hat sich sehr bewährt, wie die Beratungen über die Kirchensteuer-Initiative (2014) und des Berichts zur Finanzierung der Landeskirchen (2015) gezeigt haben. Aus diesem Grund wird am bisherigen (zweiteiligen) Wahlverfahren festgehalten.

- *Sicherung des Finanzausgleichs:* Da grundlegende Veränderungen hinsichtlich der Finanzierung der Kirchgemeinden politisch nicht mehrheitsfähig und sachlich nicht zwingend sind, bleibt ein Finanzausgleich grundsätzlich notwendig. Die Finanzierung über die sogenannte Ausgleichssteuer, bei welcher alle Mitglieder gleichermaßen ihren Teil beitragen, hat sich bewährt und soll aufgrund der grossen Akzeptanz beibehalten werden. Die Einzelheiten des Finanzausgleichs – auch bei einer allfälligen Änderung des Ausgleichsmechanismus – sind jedoch auf Gesetzes- und Verordnungsstufe zu regeln. Die vorliegende Verfassung lässt verschiedene Ausgestaltungen des Finanzausgleichs zu und bevorzugt keinen bestimmten Ansatz.
- *Sprachliche Überarbeitung:* Allgemein verständliche Formulierungen dienen der Orientierung und Transparenz. Dies ist für eine Volkskirche ein wichtiger Aspekt, um auch kirchenfernere Mitglieder anzusprechen.

10. Wie ist die neue Verfassung entstanden?

Die vorliegende neue Verfassung beruht auf einem Auftrag des Evangelischen Grossen Rates und ist das Ergebnis von gründlichen Vorarbeiten. Zunächst erarbeitete eine breit zusammengesetzte Steuerungsgruppe einen Vorentwurf, der im Jahr 2011 vorgestellt wurde. Dieser ambitionöse Entwurf hätte die kirchliche Organisation wesentlich umgestaltet. Die Rückmeldungen aus den Kirchgemeinden zeigten jedoch, dass der Entwurf vor allem aus zwei Gründen nicht mehrheitsfähig war: einerseits aufgrund der Organisation in rund 20 Kirchgemeinden, andererseits wegen des geplanten einheitlichen Steuerfusses für alle Kirchgemeinden, wobei die Einnahmen grundsätzlich an die Landeskirche gefallen wären.

Der Kirchenrat setzte daraufhin eine 16-köpfige Verfassungskommission ein; zehn Kommissionsmitglieder wurden vom Evangelischen Grossen Rat gewählt. Aufgabe der Kommission war es, auf der Grundlage des Vorentwurfes einen mehrheitsfähigen Verfassungsentwurf zu erarbeiten. Dieser Entwurf, der in Zusammenarbeit mit dem Kirchenrat entstanden ist, konnte im Jahr 2016 von Vertreterinnen und Vertretern der Kirchgemeinden auf regionaler Ebene diskutiert und beurteilt werden. Die Rückmeldungen flossen dann in einen zweiten Entwurf ein, welcher im Januar 2017 von der Synode diskutiert wurde. Sowohl die Kolloquien (regionale Versammlungen) als auch die Synode sprachen sich dabei für die Totalrevision der Kirchenverfassung aus. Auch diese Feedbacks flossen dann in den Entwurf des Kirchenrates ein, der schliesslich im Evangelischen Grossen Rat von dessen Vorberatungskommission und dann vom Plenum diskutiert und genehmigt wurde.

L'important en furma curta

La constituziun valaivla da la Baselia evangelic-refurmada dal Grischun exista dapi l'onn 1978. Dapi alura è il conturn sociologic e giuridic sco er las necessitads ecclesiasticas sa midads considerablamain. Per quest motiv ha il Cussegl grond evangelic decidì l'onn 2007 da reveder totalmain la constituziun.

La nova constituziun da la Baselia chantunala collia il cumprovà cun refurmas necessarias e resguarda las realitads da nossa baselia. Ella è equilibrada e lubescha a la Baselia chantunala ed a las plaivs da sa confruntar cun sfidas odiernas e futuras e da dumagnar quellas.

Il cuntegn impurtants sa laschan recapitular suandantamain:

- La plaiv resta en il center da la vita ecclesiastica. Per pussibilitar a tuts commembers ina purschida vasta vegn la collavuraziun regiunala rinforzada.
- La commembranza sa referescha sco enfin quà al domicil en ina vischnanca grischuna. Il dretg da la Baselia chantunala po dentant prevesair en l'avegnir excepziuns (p. ex. l'integraziun da giasts da vacanzas u excepziuns da l'obligaziun da prender domicil).
- Sin plaun chantunal vegnan rinforzads ils dretgs da cooperaziun democratics. La concepziun s'orientescha als dretgs dal pievel usitads en il Grischun.
- Cumpetenzas claras duajan gidar da schliar conflicts en las plaivs uschè svel e decentral sco pussaivel.
- Cun in linguatg cler vul la constituziun rinforzar ed augmentar l'identitad ecclesiastica e l'integraziun.

*Charas conburgaias refurmadas,
chars conburgais refurmads dal Grischun*

Il Cussegl grond evangelic ed il Cussegl da baselia preschentan a Vus la revisiun totala da la constituziun da la Baselia chantunala per la votaziun dal pievel e propona d'approbar il project.

(Project da votaziun: stampat separà)

1. Pertge dovra la Baselia chantunala ina nova constituziun?

La revisiun totala duai garantir l'abilitad d'agir da la Baselia chantunala e da las plaivs e stgaffir la basa per pudair dumagnar uschebain las sfidas d'ozendi sco er en spezial quellas futuras. La nova constituziun sto esser drizzada vers l'avegnir. En il medem mument duai ella resguardar las structurass e las experienschas ch'èn svilupadas or da l'istorgia. La revisiun totala sa mova en l'intersecziun da passà e futur. Sa fundond sin sias ragischs istoricas creschidas e transponind il cumprovà sto la nova constituziun en il medem mument s'avrir per il nov.

Il conturn social s'ha midà considerablamain ils davos radund 40 onns dapi la davosa revisiun da la constituziun da la Baselia chantunala. Diversas structurass s'èn schliadas u han pers grondamain lur impurtanza. La societad è vegnida pli mobila ed individuala. Quests «megatrends» na po la Baselia betg ignorar. Uschia mussan studias e retschertgas cleramain che la colliaziun cun la baselia è daventada bler pli libra. En il medem mument s'augmenta il basigns per orientaziun e spiritualitad. La revisiun totala da la constituziun da la Baselia chantunala vul s'adressar cleramain era als commembers ch'èn pli lontan da la baselia.

Il basigns d'agir che sa preschenta or da las midadas da la societad va ussa bler pli lunsch che quai ch'ina revisiun totala da la constituziun da baselia po prestar. La constituziun sezza na po betg garantir u reglementar ina vita ecclesiastica vitala. Sco basa giuridica legala s'exprima ella plitost en disposiziuns essenzialas co che la Baselia evangelic-refurmada vul accumplir en il Grischun sias incumbensas e co ch'ins vul concepir l'organisaziun e las structurass. Sia incumbensa èsi da fixar ina norma per che las plaivs e la Baselia chantunala possian sviluppar e realisar las dretgas midadas ed adattaziuns. La lavur tematica vegnan las singulas plaivs e la Baselia chantunala anc a stuaire far, numnadamain examinar la veta ecclesiastica d'enfin quà e, sche necessari, sviluppar vinavant quella.

2. Esser e restar Baselgia dal pievel

La Baselgia evangelic-refurmada dal Grischun cun ses radund 70 000 commembers è anc oz in factur impurtant da la societad en il Grischun. Conform a quest fatg reno-scha la costituziun dal chantun la Baselgia chantunala e lur plaivs sco instituziun dal dretg public; quai è ina onur ed ina obligaziun il medem mument. La Baselgia evangelic-refurmada vul sa confruntar cun questa obligaziun e restar vinavant ina baselgia dal pievel. Quai vul dir che las portas èn avertas per tuts ed in commembranza pussaivla senza grondas cundiziuns. Quai exprima artitel 5 pertutgand la commembranza. Ina tala sa resulta substanzialmain da la voluntad da far part da la Baselgia evangelic-refurmada. Sco baselgia vitala dal pievel ans scuntrain nus da maniera averta ed attenta cun ils fatgs e las tendenzas actualas da la societad. Fidaivels al motto «semper reformanda» (v. d. sa refurmar adina da nov) vulain nus ans renovar, restond tuttina fidaivels als fundaments cristians.

3. La plaiv sco center da la vita ecclesiastica

La costituziun quà preschenta na mida betg essenzialmain la rolla da la plaiv. Ils carstgauns en las plaivs furman e vivan vinavant la vita ecclesiastica. Per commembers d'ina plaiv è quai er la cundiziun d'esser part da la Baselgia chantunala. Damai ch'ina tala commembranza è colliada cun il domicil, èn las plaivs era concepidas sco uschenunadas «corporaziuns territorialas». Questa regulaziun sa basa sin l'origin da la Refurraziun en il Grischun e correspunda a l'organisaziun da la democrazia directa en Svizra. Ins ha examinà las pussaivladads da midar tar in auter model en il qual ils commembers pon eleger da tge plaiv ch'els vulan far part. Questa idea han ins dentant refusà, pertge metter en la pratica quai avess chaschunà problems giuridics considerabels a las plaivs. En l'avegnir po il dretg da la Baselgia chantunala dentant prevesair excepziuns da questa liom stretg cun il domicil. Gist en in chantun turistic sco il Grischun èsi impurtant d'integrar en la vita ecclesiastica er possessurs d'abitaziuns secundaras ed auters giasts stabels. En l'avegnir vegni ad esser pussaivel da sorprender en ina plaiv incumbensas e funcziuns era senza status da domicil.

Oz vegn la vita ecclesiastica savens reducida sin servetschs divins, festas ecclesiasticas sco nozzas e sepulturas, u sin l'instrucziun da religiun e da confirmaziun. La nova constituziun s'exprima che las incumbensas da las plaivs èn bler pli amplas e vastas. Intgins chavazzins latiers: celebrazions per uffants pitschens, lavur da giuventetgna, sentupadas per seniors, visitas a chasa, agid ed assistenza, gruppas da bibla, lavur per fugitivs, cooperaziun al svilup e.a.v.

4. Rinforzar la collavuraziun regionala

Per ina tala purschida multifara na disponan plaivs pli pitschnas savens betg dals meds necessaris ed er betg da commembers. Per quest motiv oblighescha la nova constituziun a la cooperaziun regionala cun l'intent da stgaffir ina vasta purschida cuminaivla. Las plaivs sezzas fixeschan tge incumbensas ch'ellas vulan schliar sin plaun regional. Las incumbensas regionalas n'èn cunquai betg las medemas en tuttas regiuns ecclesiasticas. Incumbensas regionalas pussaivlas pon esser per exempel la lavur da giuventetgna, il servetsch social ecclesiastic u la furmaziun da creschids.

En cumparegliaziun cun oz na fixescha la Baselgia chantunala betg pli ils cunfins territorials dal stgalim amez. Igl è chausa da las suprastanzas dals Colloquis d'enfin quà e da las plaivs da proponer entaifer dus onns tge territoris che las regiuns ecclesiasticas futuras duaian cumpigliar. En quest sector èn las plaivs autonomas, er sche la reparaziun geografica dal chantun vegn probabel a definir tsherts cunfins.

5. Rinforzar la collavuraziun democratica

In intent impurtant da la revisiun da la costituziun èsi da rinforzar ils dretgs da cooperaziun democratics. Enfin quà era ina votaziun dal pievel be necessaria per disposiziuns che pertutgavan direct tut ils commembers; concret sa tractavi suletta-main da las disposiziuns pertutgand la taglia da baselgia. Ussa duai il Cussegl grond evangelic reglar tuttas disposiziuns impurtantas en ina lescha formala ch'è sutta-messa al referendum facultativ.

Er areguard eventualas iniziativas dal pievel s'orientescha la nova constituziun a las normas cumprovadas dal dretg statal, questa domena regla el dentant da maniera autonoma.

6. La rolla da l'uffizi da pravenda e da la Sinoda

Cunquai che mintga plaiv ha d'engaschar almain in plevon u ina plevonessa rinforza la costituziun la rolla da las plevonessas e dals plevons. Tenor grondezza da la plaiv vegn quai ad esser pussaivel mo en il rom d'in pensum parzial. En il medem mument suonda la costituziun al fatg che diversas incumbensas da l'uffizi da pravenda na vegnan betg mo exequids da plevonessa u plevon, mabain parzialmain er d'ulteriuras collavuraturas e collavuratur en servetsch ecclesiastic. Ins patratga quà vi da diaconas e diacons socials sco er personal spezialisà per l'instrucziun da religiun.

Ina ulteriura particularitad en la cumparegliaziun svizra è la Sinoda, la reuniun da tuttas plevonessas e plevons en il chantun Grischun. Quella resta vinavant in organ da la Baselgia chantunala. Ella surpiglia las incumbensas teologicas da la Baselgia chantunala e sustegn quella cun cumpetenza e respunsabladad teologica d'exequir sias ulteriuras obligaziuns.

7. Sclerir las cumpetenzas tenor il dretg da controlla

La nova reglaziun da la surveglianza respectiv il schliar conflicts entaifer la plaiv è stà in impurtant factur per la revisiun totala da la costituziun da baselgia. La regulaziun en la costituziun quà preschenta pon ins resumar suandontamain: Tar conflicts entaifer ina plaiv – per exempel tranter suprastanza e collavuraturas e collavuratur ecclesiastics – è la Regiun ecclesiastica en l'avegnir l'emprim post da consultaziun per schliar il conflict uschè simpel e nunbirocratic sco pussaivel. Na duess ins betg pudair sclerir quel, ha il Decanat ina impurtanta funcziun d'examinaziun e triascha. Tar eventualas violaziuns d'obligaziuns professiunalas da plevonessas e plevons è il Decanat u la Sinoda respunsabla da decider. Tar dumondas dal dretg da lavur, respectiv da disciplina ed ulteriurs cass, è il Cussegl da baselgia l'istanza cumpetenta.

8. Accentuar la trilinguitad da la Baselgia chantunala

La trilinguitad è ina ierta culturala da gronda muntada ed ina part impurtanta da l'atgna identitad, e quai betg sulet per il chantun mabain er per la Baselgia evangelic-refurmada dal chantun Grischun. Ella renda perquai unica la Baselgia chantunala entaifer la Baselgia refurmada da la Svizra, sa mussa dentant er sco gronda sfida. Cun artitgel 28 alinea 2 cuntegn la constituziun preschenta in cler confess per la trilinguitad che la Baselgia chantunala pratitgescha gia oz.

9. Ulteriurs aspects en curts plects

Dasper ils puncts principals menziunads include la nova constituziun ulteriurs aspects impurtants:

- *Fundament da la baselgia*: La posiziun giuridica ed il caracter central da nossa baselgia duaian restar. En vista a la secularisaziun progressiva e l'individualissem da nossa societad èsi impurtant che la constituziun exprima da maniera marcanta l'identitad ecclesiastica e l'appartegnientscha ad ina unitad ecclesiastica. Ils elements pli impurtants èn formulads en il preambel e l'emprima part da la constituziun.
- *Grondezza da las plaivs e fusiuns da pleivs*: Dapi ch'il sboz preliminar è vegnì preschentà l'onn 2011 è il dumber da plaivs sa reduci da radund 130 sin 79. Ulteriuras fusiuns duaian vegnir da sco enfin quà da las plaivs sezzas. La nova constituziun desista perquai sapientivamain da cumandar a las plaivs ina grondezza minimala u maximala.
- *Direcziun cuminaivla da la plaiv*: La direcziun cuminaivla da la plaiv descriva la cooperaziun da suprastanza da plaiv ed uffizi da pravenda. La nova constituziun franchisescha cleramain la collavuraziun che vala gia oz e rinforza cunquai il punct da partenza. Latiers sa tracti d'ina collavuraziun sclerida en la quala domaduas varts pon purtar lur competenzas e surprender responsabladad. Uschia vegnan decisziuns strategicas pridas en enclegientscha, singulas decisziuns vegnan preparadas da cuminanza e las personas directivas sa scuntran regularmain en systems definids. Cun il principi da la direcziun cuminaivla vegnan suprastanzas, plevons e plevonessas animads da trair vi da la medema suga e da surpigliar la respunsabladad en lur sfera d'influenza. Per che questa responsabladad cuminaivla per il bainesser da la plaiv possia vegnir exequida, ston las vias da cooperaziun e da decider esser fixadas.
- *Diaconas e diacons socials*: La constituziun menziuna explicit las incumbensas diaconalas da las plaivs. Da nov vegn menziunà en la constituziun er la posiziun da las diaconas e dals diacons socials sco era il chapitel diaconal, la reuniun da las diaconas e dals diacons socials. Sche la suprastanza da la plaiv engascha els (u eventualmain la suprastanza regiunala) u la radunanza da la plaiv, è da reglar mintgamai en il regulativ da la plaiv.
- *Elecziun dal Cussegl grond evangelic*: Sin nivel svizzer è l'integraziun da commembers dal Cussegl grond – il parlament chantunal – en il parlament da la Baselgia chatunala ina chaussa unica. Sco quai che las discussiuns davart l'iniziativa da la taglia da baselgia (2014) ed il rapport da la finanziaziun da las Baselgias chantunalas (2015) han mussà, è questa cumposiziun speziala sa cumprovada fitg. Per quest motiv vegn mantegnida la procedura d'elecziun (duala) d'enfin quà.

- *Garantir la gulivaziun da finanzas*: Damai che midadas fundamentalas areguard la finanziaziun da las plaivs n'èn politicamain betg acceptablas per ina maioritad e facticamain er betg stringentas, è la gulivaziun da finanzas da principi vinavant necessaria. La finanziaziun sur ina uschenunada taglia da gulivaziun, a la quala tut ils commembers contribueschan egualmain cun lur part, è sa cumprovada e duai restar sa fundond sin sia gronda acceptanza. Ils detagls da la gulivaziun da finanzas – er tar in eventual midament dal mecanissem da gulivaziun – è dentant da reglar sin il stgalim da la lescha e dal regulativ. La constituziun preschenta lubescha concepsziuns differentas e na favorisescha nagin punct da partenza fix.
- *Elavuraziun redacziunala*: Formulaziuns chapiblas generalmain servan a l'orientaziun ed a la trasparenza. Per pudair cuntanscher era commembers ch'èn lontans da la baselgia è quai in aspect impurtant per ina baselgia dal pievel.

10. Co è naschida la nova constituziun?

La nova constituziun quà preschenta sa basa sin ina incarica dal Cussegl grond evangelic ed è il resultat da lavurs preliminaras fundadas. L'emprim ha ina gruppa directiva cumposta vastamain elavurà in sboz provisoric ch'ella ha preschentà l'onn 2011. Quest sboz ambizius avess transfurmà considerablmain l'organisaziun ecclesiastica. Ils resuns or da las plaivs han mussà ch'ina maioritad n'acceptass dentant betg el per dus motifs: d'ina vart pervi da l'organisaziun en radund 20 plaivs, da l'autra vart pervi da la taglia unifitgà planisà per tuttas plaivs, latiers avess la Baselgia chantunala retschavi da principi las entradas.

Il Cussegl da baselgia ha alura institui ina cumissiu da constituziun cun 16 personas; latiers ha il Cussegl grond evangelic elegi diesch commembers. La cumissiu ha gi l'incumbensa d'elavurar, sin fundament da l'emprim, in secund sboz acceptabel per ina maioritad. Quel han ins stgaffi en collavuraziun cun il Cussegl da baselgia. L'onn 2016 han represchentantas e represchentants da las plaivs pudì discutir e giuditar el sin stgalim regiunal. Las resostas han ins alura integrà en in ulteriur sboz che la Sinoda grischuna ha discutà il schaner 2017. Tant ils Colloquis (= radunanzas regiunalas) sco la Sinoda èn latiers s'exprimids per la revisiun totala da la constituziun. Er quests resuns èn ids en il sboz dal Cussegl da baselgia. Il Cussegl grond evangelic, sia cumissiu preliminar ed alura il plenum han la finala discutà ed approvà quest document.

L'essenziale in breve

La Costituzione vigente della Chiesa evangelica riformata dei Grigioni risale al 1978. Da allora il contesto sociale e legislativo, come pure le esigenze ecclesiastiche hanno subito importanti cambiamenti. Per questa ragione, nel 2007 il Gran Consiglio Evangelico ha deciso di sottoporre a revisione totale la Costituzione ecclesiastica.

La nuova Costituzione della Chiesa cantonale associa elementi dimostratisi validi a riforme necessarie e considera le particolarità della nostra Chiesa. È equilibrata e permette alla Chiesa cantonale e alle Comunità di affrontare e gestire le sfide odierne e future.

I contenuti principali possono essere riassunti come segue:

- La Comunità rimane il centro della vita ecclesiastica. Per permettere una vasta offerta a tutti i membri, viene rafforzata la collaborazione a livello regionale.
- L'appartenenza è legata come finora al domicilio in un comune grigionese. In futuro il diritto della Chiesa cantonale può tuttavia prevedere delle eccezioni (ad es. coinvolgimento di turisti eccezioni all'obbligo del domicilio).
- Vengono rafforzati i diritti di partecipazione democratici a livello cantonale. La concezione si orienta ai diritti popolari usuali nei Grigioni.
- Delle competenze chiare devono aiutare a risolvere i conflitti in seno alle Comunità in modo possibilmente rapido e decentralizzato.
- Usando un linguaggio comprensibile, la Costituzione mira a rafforzare e ad aumentare l'identità ecclesiastica e l'integrazione.

*Stimate concittadine e stimati
concittadini riformati dei Grigioni,*

*il Gran Consiglio Evangelico e il Consiglio
ecclesiastico vi sottopongono la revisione
totale della Costituzione della Chiesa cantonale
in votazione e vi chiedono di approvare il progetto.*

(Proposta in votazione: tiratura a parte)

1. Per quale motivo è necessaria una nuova Costituzione della Chiesa cantonale?

La revisione totale mira a garantire la capacità di agire della Chiesa cantonale e delle Comunità per il futuro e a creare le basi per affrontare le sfide odierne e in particolare quelle future. La nuova Costituzione deve dunque essere lungimirante. Al contempo deve considerare le strutture storiche e le esperienze acquisite. La revisione totale della Costituzione si muove sul confine tra passato e futuro. La nuova Costituzione deve basarsi sulle radici storiche e su quanto si è dimostrato valido, restando al contempo aperta alle novità.

Nei circa 40 anni trascorsi dall'ultima revisione costituzionale, il contesto sociale della Chiesa cantonale è notevolmente mutato. Diverse strutture si sono sciolte o hanno perso molta importanza. La società è diventata più mobile e individuale. Nemmeno la Chiesa può sottrarsi a questi megatrend. Indagini e sondaggi mostrano chiaramente che il legame con la Chiesa in molti casi è diventato più allentato. Al contempo aumenta la ricerca di orientamento e spiritualità. La revisione totale della Costituzione della Chiesa cantonale vuole rivolgersi in modo consapevole anche ai membri non praticanti.

La necessità di agire che risulta dai cambiamenti nella società va tuttavia ben oltre a quanto si può ottenere con una revisione totale della Costituzione della Chiesa cantonale. La Costituzione stessa non è infatti in grado di garantire o imporre una vita ecclesiastica attiva. Quale legge fondamentale, in disposizioni di principio la Costituzione esprime piuttosto in che modo la Chiesa evangelica riformata dei Grigioni vuole adempiere i propri compiti e come devono essere configurate l'organizzazione e le strutture. Il suo compito consiste nella determinazione di un buon quadro di riferimento flessibile affinché le Comunità e la Chiesa cantonale possano sviluppare e realizzare i giusti cambiamenti e adeguamenti. Il lavoro di fondo, ovvero esaminare ed eventualmente sviluppare l'attuale vita ecclesiastica nel comune, rimane un compito che spetta alle singole Comunità e alla Chiesa cantonale.

2. Essere e rimanere una Chiesa del popolo

Con i suoi circa 70 000 membri, la Chiesa evangelica riformata cantonale è anche oggi un importante fattore sociale nei Grigioni. Di conseguenza, la Costituzione del Cantone dei Grigioni riconosce la Chiesa cantonale e le sue Comunità quali istituzioni di diritto pubblico. Si tratta al contempo di un onore e di un impegno. La Chiesa evangelica riformata cantonale vuole assumersi tale impegno e rimanere anche in futuro una Chiesa del popolo. Questo significa che le porte sono aperte a tutti e diventare membro è possibile senza grandi condizioni. È quanto espresso nell'art. 5 relativo all'appartenenza. Quest'ultima risulta sostanzialmente dalla volontà di aderire alla Chiesa evangelica riformata. In veste di Chiesa dinamica del popolo affrontiamo gli attuali contesti e influssi sociali in modo aperto e vigile. Fedeli al motto «semper reformanda», ovvero «la Chiesa deve sempre essere riformata», vogliamo rinnovarci rimanendo ciononostante fedeli ai fondamenti cristiani.

3. La Comunità quale centro della vita ecclesiastica

La presente Costituzione non cambia in modo sostanziale il ruolo della Comunità. La vita ecclesiastica viene organizzata e vissuta anche in futuro dalle persone nelle Comunità. Di conseguenza, l'appartenenza alla Chiesa cantonale presuppone l'appartenenza a una Comunità. Siccome una tale appartenenza è vincolata al domicilio, le Comunità sono organizzate come cosiddetti «enti territoriali». Questa regolamentazione risale alle origini della Riforma nei Grigioni e corrisponde all'organizzazione della democrazia diretta in Svizzera. È stato esaminato il passaggio a un modello in cui i membri possano scegliere liberamente a quale Comunità appartenere. L'idea è stata tuttavia respinta in quanto l'attuazione pratica avrebbe posto le Comunità dinanzi a importanti problemi giuridici. In futuro il diritto della Chiesa cantonale può tuttavia prevedere eccezioni allo stretto vincolo del domicilio. In un Cantone a vocazione turistica come i Grigioni è importante integrare nella vita ecclesiastica anche i proprietari di abitazioni secondarie e altri ospiti abituali. In futuro deve essere possibile assumere compiti e funzioni in una Comunità anche senza domicilio.

Oggi la vita ecclesiastica viene spesso ridotta a culti, celebrazioni ecclesiastiche come matrimoni o funerali oppure all'insegnamento religioso e al catechismo. La nuova Costituzione sottolinea che i compiti delle Comunità sono molto più ampi e globali. Alcune parole chiave a questo proposito: celebrazioni per bambini, lavoro giovanile, pomeriggi della terza età, visite a domicilio, aiuto e assistenza, gruppi di studio della Bibbia, assistenza ai rifugiati, aiuto allo sviluppo, ecc.

4. Rafforzare la collaborazione regionale

Nella maggior parte dei casi, le Comunità più piccole non dispongono dei mezzi e dei membri necessari per un'offerta così ampia. Per questa ragione la nuova Costituzione obbliga le Comunità a una collaborazione regionale per creare insieme un'ampia offerta ecclesiastica. Le Comunità devono determinare quali compiti vanno svolti a livello regionale. Di conseguenza, i compiti regionali non saranno gli stessi in tutte le regioni ecclesiastiche. Possibili compiti regionali possono ad esempio essere il lavoro giovanile, il servizio sociale ecclesiastico o la formazione degli adulti.

A differenza di oggi, la Chiesa cantonale non stabilisce più i confini territoriali del livello intermedio. È compito delle attuali presidenze dei Colloqui e delle Comunità elaborare entro due anni delle proposte relative a quali territori dovrebbero comprendere le future regioni ecclesiastiche. In questo settore le Comunità sono autonome, anche se la suddivisione geografica del Cantone prescrive certamente determinati confini.

5. Rafforzamento della partecipazione democratica

Un obiettivo importante della revisione della Costituzione è il rafforzamento dei diritti di partecipazione democratici. Finora era necessaria una votazione popolare solo per le disposizioni che interessavano direttamente tutti i membri; concretamente era il caso solo per le disposizioni relative all'imposta di culto. Ora tutte le disposizioni importanti devono essere disciplinate dal Gran Consiglio Evangelico in una legge formale assoggettata al referendum facoltativo.

Anche per quanto riguarda eventuali iniziative popolari la nuova Costituzione si orienta alle regole del diritto statale dimostrate valide, disciplina tuttavia autonomamente questi settori.

6. Ruolo di ufficio parrocchiale e Sinodo

La Costituzione rafforza il ruolo dei pastori sancendo che ogni Comunità deve assumere almeno un pastore o una pastora. A seconda delle dimensioni della Comunità, ciò sarà tuttavia possibile solo nel quadro di un impiego a tempo parziale. Al contempo la Costituzione considera il fatto che diversi compiti dell'ufficio parrocchiale non devono essere svolti solo dai pastori, bensì in parte anche da altri/e collaboratori/trici ecclesiastici/che. Si pensi ad esempio ai / alle collaboratori/trici socio-diaconali come pure agli/alle insegnanti di religione.

Un'altra particolarità nel confronto svizzero è rappresentata dal Sinodo, ossia l'assemblea di tutti i pastori del Cantone dei Grigioni. Esso rimane anche in futuro un organo della Chiesa cantonale. Assume i compiti teologici della Chiesa cantonale e la sostiene nell'adempimento degli altri compiti con competenza e responsabilità teologiche.

7. Chiarimento delle competenze nel settore della vigilanza

Un importante impulso per procedere alla revisione totale della Costituzione ecclesiastica è stata la nuova impostazione della vigilanza e della risoluzione di conflitti all'interno della Comunità. La regolamentazione nella presente Costituzione può essere riassunta come segue: in caso di conflitti in seno a una Comunità, ad esempio tra Concistoro e collaboratori/trici ecclesiastici/che, in futuro la regione ecclesiastica rappresenta il primo punto di riferimento per risolvere il conflitto possibilmente nella fase iniziale. Qualora non fosse possibile risolvere il conflitto, il Decanato assume un'importante funzione di verifica e triage. In caso di eventuali violazioni di doveri professionali da parte di pastori, la competenza decisionale spetta al Decanato o al Sinodo, in caso di questioni relative al diritto del lavoro o disciplinari e in altri casi la competenza è invece del Consiglio ecclesiastico.

8. Impegno a favore del trilinguismo della Chiesa cantonale

Il trilinguismo non è un'importante eredità culturale e un fattore significativo dell'identità solo per il Cantone dei Grigioni, bensì anche per la Chiesa evangelica riformata dei Grigioni. Esso rende la Chiesa cantonale unica nel suo genere all'interno delle Chiese riformate in Svizzera, rappresenta però anche una grande sfida. Nell'art. 28 cpv. 2 la presente Costituzione prevede un chiaro impegno a favore del trilinguismo della Chiesa cantonale, impegno che esiste del resto già oggi.

9. Altri punti in breve

Oltre ai punti principali menzionati, la nuova Costituzione prevede altri aspetti importanti:

- **Fondamenti della Chiesa:** la situazione giuridica e il carattere fondamentale della nostra Chiesa devono essere mantenuti. In seguito all'avanzamento della secolarizzazione e dell'individualizzazione della nostra società, è importante che la Costituzione esprima in modo attuale e conciso l'identità ecclesiastica e l'appartenenza a una comunità ecclesiastica. Gli elementi principali sono oggetto del preambolo e del 1° capoverso.
- **Dimensioni delle Comunità e aggregazioni di Comunità:** dalla pubblicazione della bozza preliminare nel 2011, il numero di Comunità è diminuito da circa 130 a 79. Ulteriori aggregazioni devono partire come finora dalle Comunità. Per questo motivo la nuova Costituzione rinuncia volutamente a prescrivere dimensioni minime o massime per le Comunità.
- **Conduzione comune della Comunità:** la conduzione comune della Comunità descrive l'interazione tra Concistoro e ufficio parrocchiale. La nuova Costituzione ancora in modo più netto la collaborazione già vigente e rafforza dunque l'approccio. Si tratta di una collaborazione chiara, in cui entrambe le parti possono contribuire con le proprie competenze e assumersi responsabilità. In questo modo le decisioni strategiche vengono prese congiuntamente, singole decisioni vengono preparate insieme e i responsabili si incontrano regolarmente in seno agli organi definiti. Con il principio della conduzione comune della Comunità, i Concistori e gli uffici parrocchiali sono invitati a remare nella stessa direzione e ad assumersi la responsabilità nel proprio settore d'influenza. I processi collaborativi e decisionali devono essere determinati affinché questa responsabilità comune possa essere esercitata per il bene della Comunità.
- **Collaboratori/trici socio-diaconali:** la Costituzione menziona esplicitamente i compiti diaconali delle Comunità. A titolo di novità, viene ancorata nella Costituzione anche la funzione dei / delle collaboratori/trici socio-diaconali e del collegio diaconale, ossia l'assemblea dei / delle collaboratori/trici socio-diaconali. Nel rispettivo ordinamento della Comunità occorre disciplinare se l'assunzione avviene da parte del Concistoro o eventualmente da parte del Concistoro regionale, oppure da parte dell'assemblea della Comunità.
- **Elezione del Gran Consiglio Evangelico:** il coinvolgimento dei membri del Gran Consiglio, ossia del Parlamento cantonale, nel parlamento ecclesiastico cantonale è unico nel suo genere nel confronto svizzero. Come hanno mostrato i dibattiti relativi all'iniziativa sull'imposta di culto (2014) e al rapporto sul finanziamento delle Chiese riconosciute dallo Stato (2015), questa composizione particolare si è dimostrata molto valida. Per questa ragione viene mantenuta la stessa procedura elettorale (in due fasi).

- **Garanzia della perequazione finanziaria:** poiché modifiche fondamentali relative al finanziamento delle Comunità non trovano più una maggioranza politica e non si impongono dal punto di vista oggettivo, una perequazione finanziaria rimane fondamentalmente necessaria. Il finanziamento attraverso la cosiddetta imposta compensativa, con la quale tutti i membri contribuiscono in egual misura, si è dimostrato valido e visto il consenso generale deve essere mantenuto. I dettagli della perequazione finanziaria – anche in caso di cambiamento del meccanismo di compensazione – devono tuttavia essere disciplinati a livello di legge e ordinanza. La presente Costituzione ammette diverse configurazioni della perequazione finanziaria e non favorisce un determinato approccio.
- **Rielaborazione linguistica:** delle formulazioni generalmente più comprensibili favoriscono l'orientamento e la trasparenza. Si tratta di un aspetto importante per una Chiesa popolare al fine di rivolgersi anche ai membri non praticanti.

10. Com'è nata la nuova Costituzione?

La presente nuova Costituzione si basa su un incarico del Gran Consiglio Evangelico ed è il risultato di approfonditi lavori preliminari. In una prima fase, un gruppo direttivo di ampia composizione ha elaborato un avamprogetto presentato nel 2011. Questa proposta ambiziosa avrebbe ristrutturato sostanzialmente l'organizzazione ecclesiastica. I riscontri delle Comunità hanno tuttavia mostrato che la bozza non avrebbe trovato una maggioranza soprattutto per due motivi: da un lato a seguito dell'organizzazione in circa 20 Comunità, dall'altro a causa del tasso fiscale unitario previsto per tutte le Comunità, le cui entrate sarebbero andate di principio alla Chiesa cantonale.

Il Consiglio ecclesiastico ha dunque incaricato una commissione costituzionale composta da 16 membri, dieci dei quali nominati dal Gran Consiglio Evangelico. Il compito della commissione era quello di elaborare, sulla base dell'avamprogetto, una proposta di Costituzione in grado di ottenere una maggioranza. Questa bozza, risultata dalla collaborazione con il Consiglio ecclesiastico, è stata discussa e valutata a livello regionale nel 2016 dai / dalle rappresentanti delle Comunità. I riscontri sono stati integrati in una seconda bozza, discussa nel gennaio 2017 dal Sinodo. Sia i Colloqui (assemblee regionali), sia il Sinodo si sono espressi a favore della revisione totale della Costituzione ecclesiastica. Anche questi feedback sono confluiti nella bozza del Consiglio ecclesiastico, in seguito discussa e approvata dalla commissione preparatoria del Gran Consiglio Evangelico e infine dalla seduta plenaria.

